

STRAFVERFOLGER

# Schuld und Bühne

Nächste Woche beginnt der Prozess gegen den früheren Post-Chef Klaus Zumwinkel. Ein Verlierer steht schon fest: die Staatsanwaltschaft Bochum. Mit der Demontage von Margrit Lichtinghagen, Deutschlands bekanntester Anklägerin, hat die Behörde auch ihren eigenen Ruf ruiniert.

Es ist der 14. Februar 2008, der Tag, an dem beginnt, was keiner mehr aufhalten wird. Bis alle verloren haben. Bis alles verloren ist. Der erste Tag jener Tragödie, die nun den Namen der Bochumer Staatsanwältin Margrit Lichtinghagen trägt, aber auch sonst keinen heil davonkommen lässt, der darin auftritt.

Am 14. Februar 2008, morgens kurz nach sieben Uhr, steht Margrit Lichtinghagen, 53, in einer Villa im Kölner Stadtteil Marienburg. Sie ist mal wieder unerwünscht, das ist sie immer, wenn sie mit der Fahndung bei einem Steuerhinterzieher anrückt, aber nach ein paar Minuten weiß sie, dass dieses Mal alles anders sein wird und danach nichts mehr so wie vorher. Nicht nur, weil der Hausherr Klaus Zumwinkel heißt, der Post-Chef, einer der mächtigsten Männer der Republik. Sie hat einen Anruf bekommen, aus ihrer Behörde: Die Razzia ist an die Presse durchgesteckt worden, draußen stehen Kamerateams, es läuft alles live im Fernsehen.

Lichtinghagen hat einen Haftbefehl, aber sie weiß nicht, wie sie Zumwinkel aus dem Haus bugsieren soll, ohne dass man sie sieht, ohne dass es so aussieht, als wolle sie ihn als Trophäe vorführen. Sie ruft ihren Chef an, Hans-Ulrich Krück, Leiter der Schwerpunktabteilung 35 für Wirtschaftsstrafsachen in Bochum. Was sie jetzt machen sollte? Krück antwortet angeblich nur kühl, dass er ihr auch nicht helfen könne.

Und so bekommt an diesem Tag die Staatsanwältin Margrit Lichtinghagen für die Republik ein Gesicht: die Frau, die neben Zumwinkel die Villa verlässt, die vor keinem erschrickt, vor nichts zurückschreckt, die Frau des Gesetzes, vor der alle gleich sind. Selbst Manager, deren Wort sonst Gesetz ist.

An diesem 14. Februar 2008 beginnt der Aufstieg der Staatsanwältin Margrit Lichtinghagen zum Medienstar. Und ihr beispielloser Abstieg in der Behörde, der schließlich zum öffentlichen Spektakel gerät. Ein Abstieg, der mit einer Flucht endet, ihrem Wechsel als Amtsrichterin nach Essen. Und mit zwei Sätzen, die Lichtinghagen nun wie eine Gewissheit ausspricht, auch wenn in dieser Tragödie von Schuld und Bühne jeder seine eigenen Gewissheiten hat: „Dass ich den Fall Zumwinkel übernommen habe, war der größte Fehler meines Lebens. Ohne diesen Fall wäre ich heute immer noch eine glückliche Staatsanwältin.“



**Staatsanwältin Lichtinghagen:** Eine, die sich selbst nicht zurücknehmen konnte

Am Donnerstag nächster Woche läuft in Saal C 240 des Bochumer Landgerichts der Prozess gegen Klaus Zumwinkel an, den bekanntesten von 680 potentiellen Steuerhinterziehern, die ihr Geld so lange bei der Liechtensteiner LGT-Bank versteckten, bis ein früherer Bankmitarbeiter ihre Daten an den BND verhöberte. Zumwinkel wäre Lichtinghagens prominentester Fall gewesen, vermutlich ihr größter Erfolg, ihre „Kronungsmesse“. Sie zitiert das Wort sogar selbst, und man ahnt, wie sehr es sie schmerzt, dass nicht sie die Anklage verlesen wird. Und dass sie glaubt, ihre Behördenchefs hätten ihr diesen Auftritt aus Neid nicht gegönnt.

Ihre Gegner, und das sind vor allem Bernd Schulte, der Leiter der Bochumer Staatsanwaltschaft, und sein Stellvertreter Krück, sehen das anders: dass sie Lichtinghagen aus der Abteilung herausnehmen

mussten, trotz Zumwinkel-Prozess, trotz der öffentlichen Erregung, den dieser Schritt auslösen würde. Weil es nicht mehr ging mit dieser Frau und ihrem Misstrauen gegen die eigenen Chefs. Mit ihren Eigenheiten und Eigensinnigkeiten, die für ihre Hausspitze immer mehr in selbtherrlichen Alleingängen mündeten.

Eine Akte soll Lichtinghagen versteckt haben, Anklagen erhoben haben, ohne sie vorher ihren Chefs zu zeigen. Und mit Millionen an Geldbußen aus Strafverfahren gemeinnützige Organisationen, denen sie vielleicht ja nahestand, nach Gutdünken gedüngt haben. Doch war es so? Noch laufen die internen Ermittlungen, noch ist nichts sicher, aber bisher hat das Düsseldorfer Justizministerium kein Dienstvergehen feststellen können. Und Zweifel sind erlaubt. Denn erstmals hält Lichtinghagen nun öffentlich dagegen und

zeichnet das Bild eines Abnutzungskampfes, den sie nicht mehr gewinnen konnte: „Meine Verurteilten haben mich mehr geachtet als meine Vorgesetzten.“

Opfer einer Treibjagd oder Opfer ihres eigenen Antriebs? Eine Getriebene ist Lichtigthagen bei ihrer Arbeit immer gewesen. Eine, die eine Mission hatte, die sich selbst nicht zurücknehmen konnte. Das erklärt ihre Erfolge, die Hartnäckigkeit, mit der sie auch Prominente verfolgte und Hunderte Millionen an Steuergeldern hereinholte. Es erklärt aber auch die Schwierigkeiten, die Apparate mit Menschen haben, die je nach Sichtweise entweder unbeirrt sind oder irgendwie irre, jedenfalls immer einen Weg finden, selbst wenn es nicht der Dienstweg ist.

Ihre Triebfeder dabei seit Jugendtagen: Gutes zu tun, Bleibendes zu schaffen, für Menschen am Rand der Gesellschaft. „Ich sehe das als wesentlichen Sinn meines Lebens an“, bekennt sie.

Natürlich ging es auch um Recht und Gesetz, als sie nach dem Jura-Studium und einem Jahr als Anwältin bei der Essener Steuerfahndung anfang – darum geht es Juristen immer. Aber als sie 1993 zur Schwerpunktstaatsanwaltschaft nach Bochum kam, sah sie die Chance für mehr: Da jagte sie jetzt diesen bestechlichen Veba-Managern nach, die Millionen verdienten, sich aber trotzdem noch von Lieferanten der Firma ihre Villengärten herrichten ließen. Oder diesen Erben, denen riesige Vermögen in den Schoß fielen, einfach so. Und die dann ihr Geld nach Liechtenstein verschoben, zum Treuhänder Herbert Batliner, weil sie dem Land, dessen Straßen sie benutzten und Theater sie besuchten, keinen Euro abgeben mochten.

All diesen „Sozialschädlingen“ wollte sie abnehmen, was sie dem Staat und seinen Bedürftigen schuldig waren, und mehr. Was anderen Staatsanwälten nur lästig war, das Verteilen der Geldauflagen für geständige Täter mal an diese, mal an jene Organisation, wurde für Lichtigthagen zu einem Hauptmotiv ihrer Arbeit. „Für diese Chance“, sagt sie heute, „bin ich meinem Beruf einfach nur dankbar.“

Allerdings brauchte sie dafür Rücken- deckung, und die gab ihr in Bochum ausgerechnet ein Mann, der ihr in den vergangenen Wochen den Rücken zugekehrt hat: Manfred Proyer, bis 2001 Behördenleiter in Bochum, seitdem Generalstaatsanwalt in Hamm. Heute steht er hinter Schulte und Krück, in jüngster Zeit nannte er Lichtigthagen bevorzugt „die Dame“ und fragte sich dann, was nur in sie gefahren sei. In Bochum aber trug er damals die neue Linie mit, die zur Linie Lichtigthagen wurde: große Wirtschaftsverfahren nach Bochum zu ziehen und sie, besonders wenn es um Steuersachen ging, mit hohen Geldbußen statt Knast abzuschließen.

Es gab allerdings schon in Proyers Ära viele, die von „Bochumer Landrecht“ re-

deten und damit Willkür meinten. Als dort im Jahr 2000 eine CD mit Tausenden Seiten Geschäftsunterlagen von Batliner auftauchte, hätten viele andere Behörden abgewinkt. Zu viel Arbeit, zu schwierig, und warum gerade wir? Proyer aber fragte Lichtigthagen, ob sie sich das zutraue, und natürlich traute sie sich.

„Die war immer Typ totaler Angreifer, von der Sorte gibt es in Deutschland vielleicht eine Handvoll Staatsanwälte“, erinnert sich ein Verteidiger, der es mit ihr zu tun bekam. Das ist auch der Grund, warum die Beamten der Steuerfahndung Wuppertal und Düsseldorf sie geradezu anheimeln: Endlich eine, die erst hineinbeißt und sich dann fragt, wie es schmeckt. Ständig versuchten sie deshalb, Verfahren bei ihr unterzubringen, und Lichtigthagen „arbeitete immer bis an die Schmerzgrenze“, sagt einer von ihnen.

Dabei tauchte schon damals die Frage auf, warum Bochum überhaupt zuständig sein sollte für Steuersünder aus der ganzen Republik. Proyer wusste: Nur wenn sie wenigstens einen Bochumer Täter fanden, durften sie sich den ganzen Rest angeln. Bei Batliner hatten sie dafür immerhin einen Fall, wenn auch einen schwachen. Als alle anderen durchverhandelt waren, stellten sie die Causa Bochum ein – kein hinreichender Tatverdacht.

Lichtigthagen stand bald im Ruf, nicht sehr zimperlich zu sein, wenn es um Untersuchungshaft ging. Empfahl Beschuldigten schon mal, zur Vernehmung „besser die Zahnbürste gleich mitzubringen“. Kommentierte Verhaftungen flapsig mit: „Rumpel, Pumpel, weg ist der Kumpel.“

Für den Düsseldorfer Strafverteidiger Sven Thomas schmeckte das immer stark nach „Beugehaft“, auch der verhaftete Heidelberger Baumogul Roland Ernst, später wegen Bestechung zu 21 Monaten auf Bewährung verurteilt, will sich an den Lichtigthagen-Satz erinnern: „Wenn Sie jetzt nicht alles sagen, sehen wir uns in einem halben Jahr wieder.“ Tatsächlich knickten die meisten ein. Allein die Batliner-Fälle brachten so rund 95 Millionen Euro. Für die Staatskasse, aber auch für gemeinnützige Organisationen – zu verteilen nach Gusto der Ankläger oder, wenn es mal zu einem Prozess kam, durch Entscheidung des Gerichts.

Man kann das sicher eine Grauzone nennen: die gewollte Zuständigkeit, der Überdruck durch U-Haft, der Deal „Kohle statt Knast“. Und natürlich die Robin-Hood-Ma- nier, mit der den Reichen genommen, den Armen gegeben wurde. Das System Bochum eben. Aber es lief, es gab keinen, der es kippen wollte, denn selbst die Verteidiger schätzten seine Zuverlässigkeit.

Es funktionierte, weil Lichtigthagen die Fälle abarbeitete und Proyer, ihr Chef, sie stützte. Auch 1999, als sich der frühere Bonner Oberstadtdirektor Dieter Diekmann in seiner U-Haft-Zelle erhängte, als Lichtigthagen sich danach fragte, was sie



Beschuldigter Zumwinkel jagt auf Sozialschädlinge

### Akte „Liechtenstein“

**680** Fälle werden noch überprüft, davon wurden bereits **400 Ermittlungsverfahren** wegen Steuerhinterziehung eingeleitet.

**137 Mio. €** Steuern wurden bislang nachgezahlt.

**10** Fälle wurden eingestellt: **6 Mio. €** mussten dafür als Geldauflage entrichtet werden.

Stand: November 2008

eigentlich taten und ob sie nicht zu weit gingen. Proyer tröstete sie, schützte sie und dieses System, das den Ruf von Bochum als beste, härteste, schnellste Staatsanwaltschaft Deutschlands begründete.

Doch es ging eben nur so lange gut, wie niemand begann, die Grauzone eine Grauzone zu nennen und andere wegen ihrer kleinen Geheimnisse anzuschwärzen. Denn das war klar: Würde einer damit beginnen, Kollegen in der Behörde das Grau anzulasten, würde kein Stein mehr auf dem anderen bleiben.

2001 ging Proyer nach Hamm. Schulte kam als Nachfolger, Krück als neuer Leiter der Abteilung 35, jetzt begannen die Dinge für Lichtinghagen schwerer, aufreibender zu werden. „Was zwischen Krück und Lichtinghagen stand, wäre Stoff für einen Psychiater“, sagt ein Staatsanwalt, der beide erlebt hat. Schon im ersten Gespräch soll Krück angeblich klargestellt haben, dass sie nicht bei Proyer in Hamm anrufen solle. Die Dinge liefen jetzt über seinen Tisch.

Er hat es auch sicher nicht leicht mit ihr. Manche nennen sie „kompromisslos“, andere „überheblich und stur“. Ein Steuerfahnder, einer von denen, die sie verehren, sagt: „Sie kennt nur Schwarz oder Weiß, Gut oder Böse, hat keinerlei diplomatisches Gespür.“ Für eine Behörde mit ihren Hierarchien und Loyalitäten eine Provokation.

Gut möglich also, dass Lichtinghagen Krück nicht ernst nahm, nicht den Respekt zeigte, den er erwartete. Er pochte auf den Dienstweg, sie fühlte sich vor den Kopf gestoßen. Immer wieder wünschte sie sich in den nächsten Jahren, Proyer wäre noch da, um mit ihm juristische Grenzfragen durchzusprechen. Aber zu Krück gehen? Lieber nicht. Und wenn sie es mal tat, hatte sie manchmal den Eindruck, dass Krück sich schon zwei Stunden später ganz anders daran erinnerte als sie selbst.

Sie war nicht die Einzige. Ein Rechtspfleger der Behörde reichte im April 2006 eine Dienstaufsichtsbeschwerde ein; Begründung: „Oberstaatsanwalt Krück hat zum wiederholten Male Sachverhalte verfälscht und diese manipulierten Sachverhalte mir als Handlungen unterstellt.“ Die Angelegenheit ging bis nach Hamm, zu Proyer. Der Rechtspfleger legte nach: „Bereits seit einigen Jahren sind Gespräche zu Problemen bei der Staatsanwaltschaft Bochum als reine Zeitverschwendung anzusehen“ – die Beschwerde verlief im Sande.

Manche sagen, dass sich nach Proyers Abschied Mehltau auf die Behörde legte, dass gemobbt wurde, wer sich zu sehr rein-

hängte. Ein junger Staatsanwalt etwa, der 2002 für ein Jahr zur Landesregierung ging, um in einem Sonderstab den Korruptionskandal um die Müllfirma Trienekens aufzurollen. Irgendwann schickte der Stab eine dicke Strafanzeige nach Bochum, aus seiner Sicht hochbelastendes Material über einen Müllskandal im Märkischen Kreis. Aber merkwürdig: Erst sahen die Bochumer keinen Anfangsverdacht, später setzte die Behörde extra eine Pressekonferenz an, um die Einstellung des Verfahrens zu verkünden. Der junge Staatsanwalt gab bald nach seiner Rückkehr auf.



**Bochumer Behördenleiter Schulte (o.), Krück**  
*Kultur des kleinen Aufwands*

„Wer unauffällig arbeitet“, klagt ein resignierter Beamter, „dem geht es als Staatsanwalt gut.“ Nicht nur in Bochum. Überall im Land herrscht unter Ermittlern eine Kultur der großen Erledigungszahl und des kleinen Aufwands. Anders als in Amerika, wo die Besten von ihnen zu Stars aufsteigen, steigen die Stars in Deutschland deshalb lieber aus. Wolfgang Schauptenstein etwa, Frankfurter Korruptionsermittler, der genervt zur Deutschen Bahn abwanderte.

Wurde in so einem System auch eine Getriebene wie Lichtinghagen zum Pro-

blem? „Sie passte nicht mehr rein, wirbelte zu viel Staub auf“, glaubt ein Kollege.

2005 der erste Knall. Lichtinghagen bekam eine Einladung zu einer Expertenrunde in Frankfurt, Thema: Software-Piraterie. Sie hatte gerade erfolgreich ein Verfahren abgeschlossen, das sich um gefälschte Microsoft-Programme drehte. Als sie zurückkam, hieß es, sie müsse die Reise selbst bezahlen. Sie wehrte sich, beschwerte sich, klagte schließlich vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen. Um 156 Euro. In Wirklichkeit ging es darum, wer sich durchsetzte; dann schaltete sich nach Erinnerung eines beteiligten Rechtsanwalts das Justizministerium ein, wies Schulte an, ihr das Geld zu zahlen. Die Höchststrafe für einen Behördenchef.

Zur Kaffeerunde der Abteilung 35 im elften Stock, jeden Morgen um 10 Uhr, ging Lichtinghagen da schon nicht mehr. Immer mal wieder geriet sie mit Krück aneinander, aber noch hielten sie sich aus. Bis dann Proyer in einer Runde mit den beiden Generalstaatsanwälten aus Düsseldorf und Köln das neue Liechtenstein-Verfahren für Bochum an Land zog, die LGT-Kunden. Der prominenteste: Zumwinkel.

Am Montag nach der Razzia erschien eine SPIEGEL-Titelgeschichte, es gab darin einen Satz über die abgewetzten Tapes in Zumwinkels Villa; Krück schrieb Lichtinghagen angeblich an, auf so etwas achte doch nur eine Frau, sie müsse die Informantin sein. In der Presse nannte man sie jetzt „Chefanklägerin“, „Leitwölfin“, „Bochums schärfste Waffe“.

Am 16. April kam Generalstaatsanwalt Proyer nach Bochum, die turnusmäßige Visitation. Er besuchte auch Lichtinghagen, redete über die Kinder, über dies und das, er sagte ihr, dass sie immer zu ihm kommen könne, mit jedem Problem. Doch Krück soll in der Tür gestanden haben, und Lichtinghagen ging auch später nie auf Proyers Angebot ein. War er noch auf ihrer Seite? Das sicher. Aber eben auch ein Instanzen-Mensch, Hierarchie-Mensch: Sie hatte Angst, dass er Krück und Schulte fragen könnte, was los sei, und dann alles nur noch schlechter würde.

Ein paar Monate später ging im Justizministerium ein Vermerk ein. Ein Düsseldorf Steuerfahnder hatte ihn geschrieben, über ein merkwürdiges Telefonat mit Krück. Der habe darauf gepocht, dass Lichtinghagen bei einem gemeinsamen Gespräch verschwiegen habe, welchen LGT-Fall sie zuerst anklagen wolle. Der Fahnder widersprach Krück, er meinte sich zu erinnern, dass Lichtinghagen ihre Strategie durchaus erläutert habe: ein Fall aus Bad Homburg als Pilotverfahren für den Zumwinkel-Prozess. Krück sprach demnach von einem „Tollhaus“ und davon, dass man wohl alles schriftlich machen müsse.

Wieder ein Vermerk, wieder eine Nachfrage aus dem Ministerium, diesmal an Proyer. Im September sein nächster Be-

such, jetzt außerplanmäßig. Glaubt man Proyer, dann brodelte es schon in Bochum: Lichtinghagen, so hieß es jetzt, habe die erste LGT-Anklage, den Fall Bad Homburg, an ihrer Behördenleitung vorbei zum Gericht geschleust. Das Verfahren lief zwar perfekt, brachte 15 Millionen Euro ein, doch Proyer will sie „inständig gebeten“ haben, so etwas nie wieder zu tun; das sei die letzte Ermahnung.

Lichtinghagen erinnert sich anders: an ein „ganz lockeres Gespräch“, ohne letzte Mahnung. Außerdem habe sie doch das große Zeichnungsrecht, dürfe Anklagen auf eigene Verantwortung losschicken.

Am 6. November brachte sie die Zumwinkel-Anklage zum Landgericht Bochum; jetzt, sagte Proyer kürzlich, sei allen der Kragen geplatzt: wieder ein Alleingang, an der Hausspitze vorbei.

Am nächsten Tag saß Lichtinghagen mit dem Düsseldorfer Wirtschaftsprüfer Jörg-Andreas Lohr in ihrem Zimmer; Lohr vertrat einen Mandanten. Krück rief an. Obwohl Lichtinghagen nicht den Lautsprecher anstellte, konnte Lohr jedes Wort verstehen, so laut brüllte Krück – glaubt man Lohr. Sie solle Lohr sofort rauswerfen und zu ihm kommen, es gehe um Zumwinkel.

Lohr war empört, schrieb eine Beschwerde ans Ministerium, wieder musste Proyer also erklären, was los ist in Bochum. Immer wieder Ärger mit Lichtinghagen, immer wieder Post von oben, aus dem Haus der Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter, mit der Proyer offenbar nicht sonderlich viel Sympathie verbindet. Jetzt drehte sich Proyer, und Lichtinghagen hatte ihren wichtigsten Verbündeten verloren.

Noch vier Wochen köchelte der Fall in Bochum, dann der Tag der Entscheidung, Dienstag, der 9. Dezember. Nach einem Erinnerungsprotokoll Lichtinghagens, das im Ministerium liegt, rief Behördenleiter Schulte sie in sein Zimmer, am Tisch saßen zwei Personalräte. Schulte warf ihr vor, den Steuerfahnder zu einer falschen Erklärung gedrängt zu haben; er glaube seinem Vize Krück, also müsse die Erklärung des Fahnders ein Gefälligkeitsschreiben sein. Auch der Beschwerdebrief des Wirtschaftsprüfers Lohr ans Ministerium sei inszeniert. Krück habe nicht gebrüllt, zwei Staatsanwälte könnten das bestätigen.

Vor allem aber ging es um Zumwinkel, ihre angeblich einsame Entscheidung, die Anklage abzugeben. Glaubt man dem Lichtinghagen-Vermerk ans Ministerium, dann hatten Schulte und Krück schon lange den Schlussbericht der Steuerfahndung, weitgehend identisch mit der späteren Anklage. „Eine Überraschung konnte die Anklage somit für niemanden mehr sein.“

Außerdem hätten alle gewusst, dass die Anklage spätestens am 7. November im Gericht sein müsse, und am Tag zuvor habe sie eine Kopie bei Schulte abgeben wollen. Der sei nicht da gewesen, deshalb habe sie die Akte im Schreibtisch der Vor-

zimmerdame deponiert und ihr eine Hinweis-Mail schicken lassen. Bei ihren Chefs angeklopft aber hat sie nicht, denn da war er wieder, der Eigensinn, der ihre Chefs so gegen sie aufbrachte.

War das Grund genug, ihr knapp zwei Monate vor dem Prozess das Verfahren wegzunehmen? Offenbar noch nicht. Und so verletzte Schulte, vielleicht ohne es zu ahnen, nun das letzte Tabu, an dem in Bochum niemand rütteln durfte. Er warf ihr etwas aus der Grauzone vor. Lichtinghagen habe eine LGT-Akte versteckt, einen Fall aus Bochum, das sei Verwahrungsbruch. Tatsächlich lag da eine Akte in einem

ANZEIGE

**Realistin**  
**Querdenker**  
Den Partner finden, der wirklich passt.

Kein Mensch ist wie der andere. Das wissenschaftliche PARSHIP-Prinzip vergleicht 30 wesentliche Persönlichkeitsmerkmale und schlägt Ihnen Partner vor, mit denen Sie sich optimal ergänzen.

In Kooperation mit  
**PARSHIP.de**  
der Online-Partnersuche

**Jetzt 3 Tage kostenlos testen.**  
[www.spiegel.de/partnersuche](http://www.spiegel.de/partnersuche)

Schrank, die keiner bearbeiten sollte. Die Akte einer alten Frau, die man wohl niemals vor Gericht stellen würde. Aber die einzige LGT-Akte, bei der es um einen Beschuldigten aus Bochum ging und an dem deshalb mal wieder die ganze Zuständigkeit für ein Großverfahren hing. Auch für den Zumwinkel-Prozess. Deshalb durfte man sie erst ganz am Ende schließen. „Hintergrund der Deponierung war der Umstand, dass man auf jeden Fall verhindern wollte, dass die Akte in Umlauf gerät und die Zuständigkeit bei einer Erledigung schlagartig verloren geht“, heißt es deshalb in dem Lichtinghagen-Vermerk.

Schulte aber ließ das Grau nicht mehr gelten, auch Proyer nicht. „Dass ein Ankläger eine Akte verschwinden lässt, habe ich noch nie erlebt“, sagte er später, Lichtinghagen erklärt dagegen, die Akte sei ordnungsgemäß auf ihren Namen ausgetragen gewesen. Umgehend entband Schulte nun die Anklägerin von allen Liechtenstein-Verfahren, und danach blieb nichts mehr heil. Jetzt quollen die Zeitungsseiten über, mit Vorwürfen, Verletzungen, Vermutungen.

Noch am selben Tag hörte das Justizministerium von der Ablösung; Ministerin Müller-Piepenkötter war entsetzt, auch über Proyer: Konnte er sich nicht vorstellen, welche Wellen es schlagen würde, so kurz vor dem Zumwinkel-Prozess die bekannteste deutsche Staatsanwältin aus dem Verfahren zu schießen? Von „absolutem Versagen des Krisenmanagements in Bochum und Hamm“ war im Ministerium die Rede, schon am Donnerstag mussten Proyer und Schulte zum Rapport antreten.

Den Beamten in Düsseldorf reichten die Vorwürfe nicht. Die Ministerialen wollten Lichtinghagen nach Köln versetzen, mit ihren LGT-Fällen, ein Affront in Proyers Augen. Und so baten Proyer und Schulte um Aufschub, für den Nachschub an weiteren Vorwürfen, bis Dienstag. Nun kehrte die Bochumer Behördenspitze alles zusammen, entstand in drei Tagen ein 64-Seiten-Dossier, das Lichtinghagen vorwarf, sie habe Geldbußen an Organisationen verteilt, denen sie nahestehe. Genannt wurden Vereine aus ihrem Wohnort Hattingen, die Universität Witten/Herdecke, an der ihre Tochter studiert, und der Förderverein Controlling an der Uni Köln, wo Briefschreiber Lohr Honorarprofessor ist.

In einer Fragestunde des Landtags sprach Müller-Piepenkötter von einem „bösen Anschein“ wegen der Zuweisung an die Uni Witten/Herdecke, und alle waren sehr erleichtert, als Lichtinghagen plötzlich ihre Versetzung beantragte, an ein Amtsgericht.

Eine Flucht wie ein Schuldeingeständnis? Auf jeden Fall die Selbstrettung einer Frau, die mit ihren Nerven am Ende ist. Dabei erscheinen die Vorwürfe bei erster Prüfung ziemlich dünn. So verdankte der Verein an der Kölner Uni sein Geld der Tatsache, dass der Wirtschaftsprüfer Lohr einen Beschuldigten beraten hatte. Im Mai 2007 einigte sich sein Mandant mit Krück darauf, dass er die Hälfte seiner Geldbuße an gemeinnützige Empfänger seiner Wahl vergeben dürfe – nur deshalb die Zuweisung nach Köln, wo Lohr lehrt.

Noch Anfang vergangenen Jahres hatte der NRW-Rechnungshof außerdem landesweit alle verteilten Geldauflagen aus dem Jahr 2007 geprüft; wegen der hohen Summen besonders akribisch bei Lichtinghagen. Alles ohne Beanstandung.

Zwar hatte Krück im Oktober 2007 verfügt, dass Organisationen ausscheiden, „zu denen eine Beziehung mit persönlichem Einschlag besteht“. Aber gerade deshalb

hatte Lichtinghagen sogar mit Peter Kallien gesprochen, dem Vorsitzenden der Stiftung Private Universität Witten/Herdecke. Im Sommer 2007 war das, ihre Tochter wollte in Witten Medizin studieren, bewarb sich um einen Studienplatz, und Kallien erinnerte sich: „Frau Lichtinghagen sagte mir, dass ich mich darauf einstellen müsste, keine Gelder mehr zu bekommen.“ Im Herbst 2008 flossen nach einer Unterbrechung dann zwar doch wieder 750 000 Euro, allerdings an ein Institut für Wirtschaftsethik, nicht für Medizin.

Vermutlich könnte man auch genauso gut fragen, warum ab Mitte der neunziger Jahre Gelder an einen Verein der Uni Bochum gingen, wo beide Proyer-Söhne studiert haben – Proyer sagt, er habe keinen Einfluss darauf genommen. Und noch bemerkenswerter, dass 275 000 Euro in Berka vor dem Hainich landeten, für die Renovierung einer Rokoko-Kirche, die dem Rotary-Club Lüdenscheid so am Herzen liegt – Behördenchef Schulte ist Mitglied, hatte einen Clubbruder an Lichtinghagen verwiesen. Auch das sickerte jetzt natürlich durch.

In Schultes Fall sah Proyer keinen Mausechel-Verdacht; bei Lichtinghagen hielt er aber strafrechtliche Ermittlungen für unausweichlich. Vergangene Woche entzog die Ministerin ihm die internen Ermittlungen und übergab sie an den General in Düsseldorf. Seitdem darf sich Proyer zum Fall nicht mehr äußern, auch Schulte und Krück sagen zu den Fragen des SPIEGEL nur, dass „offensichtlich von verfälschenden oder sogar unwahren Darstellungen“ ausgegangen werde.

Auf Lichtinghagen wartet nun ein anderes Leben, ein 17 Quadratmeter großes Büro im Amtsgericht Essen, ein brauner Tageskalender links auf ihrem Schreibtisch, alle Felder weiß. Zurzeit ist sie krankgeschrieben, ihr Asthma. Sie ist auch noch nicht fertig mit der ganzen Sache, „ich habe meinen Beruf geliebt und geliebt“, vielleicht ist das Amtsgericht, die Zuständigkeit für die Buchstaben KA bis KO, SA bis SB, GO und X auch nur eine Zwischenlösung. Sie weiß es nicht. Sie ist noch zu aufgekratzt, angeschlagen, zu weit entfernt von jener Frau, die sie mal war.

Im Sommer, als ihr damaliger direkter Vorgesetzter Eduard Güroff in das Kosovo gegangen war, hatte er ihr das Versprechen abgenommen, „dass du hier gehst, sonst gehst du vor die Hunde“. Güroff bestätigt das auf Anfrage; nun ist sie gegangen, aber zu spät, „ich habe menschliche Untiefen kennengelernt, wie ich es in meinem Leben nicht für möglich gehalten hätte“.

Andere schon: Kurz vor Weihnachten hatte ihr Roland Ernst geschrieben, den sie damals in U-Haft gesteckt hatte. „Leider sind wir in Deutschland ein Volk von Neidern, und das bekommen auch Sie momentan zu spüren“, schrieb Ernst und: „Ich habe darüber keine Schadenfreude.“

JÜRGEN DAHLKAMP,  
BARBARA SCHMID, JÖRG SCHMITT



Hochschullehrer Tenorth\*: „Alle jungen Menschen mitnehmen“

SPIEGEL - GESPRÄCH

## „Humboldt wird missbraucht“

Der Berliner Bildungshistoriker Heinz-Elmar Tenorth, 64, über falsch verstandene Chancengleichheit, faule Professoren und das Vermächtnis des preußischen Reformers Wilhelm von Humboldt

**SPIEGEL:** Herr Tenorth, vor 200 Jahren, im Februar 1809, trat Wilhelm von Humboldt seinen neuen Job als preußischer Kultusminister an. Der Mann ist bekanntlich lange tot, Preußen vor Jahrzehnten untergegangen. Dennoch fällt Humboldts Name in jeder bildungspolitischen Debatte in diesem Land. Warum eigentlich?

**Tenorth:** Weil er in den 16 Monaten seiner Amtszeit alle zentralen Probleme der Bildungspolitik angegangen ist und dabei die Art und Weise geprägt hat, wie wir bis heute über Bildung sprechen.

**SPIEGEL:** Das klingt eher wolkig.

**Tenorth:** Gar nicht. Eine gängige Formel für das, was wir heute von den Absolventen unserer Schulen erwarten, lautet: Sie müssen das Lernen des Lernens lernen. Das ist haargenau die Funktion von Schule, die Humboldt in seinem Königsberger Schulplan von 1809 festschreibt.

**SPIEGEL:** Es gab doch schon vorher Schulen ...

**Tenorth:** ... aber erst Humboldt hat zukunftsfähig definiert, was Schulabgänger können müssen, um in Gesellschaft und Beruf zu bestehen. Heute heißt das „Kom-

petenz-Orientierung“, bei ihm „Bildung“. Und das ist nicht alles: Er hat Prüfungen für angehende Lehrer eingeführt und die Forschung zur Aufgabe der Universitäten erklärt. Auch das Abitur geht wesentlich auf ihn zurück, also eine verbindliche Prüfung als Voraussetzung des Uni-Besuchs. Humboldt hat das ganze Bildungssystem strukturiert.

**SPIEGEL:** Und stets spielte dabei der Staat die zentrale Rolle. Liegen hierin die Wurzeln unserer heutigen Bildungsmisere?

**Tenorth:** Humboldt wollte nicht, dass der Staat alles bis ins Detail reguliert. Er setzte auf überprüfbare Standards und vertraute dann darauf, dass die entsprechenden Leistungen erbracht wurden. Er ließ die Abiturprüfungen von Fachleuten kontrollieren, ebenso die Leistung der Schulen, nach dem Prinzip: „Zeigt mir, dass ihr Lehrer habt, die die Schüler zur Hochschulreife bringen. Ansonsten habt ihr Gestaltungsfreiheit.“

**SPIEGEL:** Die jetzige Renaissance von Privatschulen ist also keine Abkehr von Humboldtschen Prinzipien?

**Tenorth:** Nein, gar nicht. Humboldt sah eine Pflicht zum Unterricht, aber der konnte auch in der Familie stattfinden. Und wo ihn Gemeinde, Kirche oder Staat über-

\* Vor einer Statue Wilhelm von Humboldts an der Humboldt-Universität Berlin.